



Protokoll der Steuerungsgruppe Kinderschutz (SG KS) vom 04.12.2015

Ort:	Kreisverwaltung TF, Luckenwalde, Raum B 4-1-07
Zeit:	09:00-11:00 Uhr
Anwesende:	Frank, Matzke (R I), Gesine Siems (R II) ab 09:05 Uhr, Ines Dickhoff (R IV), Claudia Sponholz (PI Luckenwalde), Gudrun Buchmann (Soz. A), Swen Ennullat (AL JA) bis 09:33 Uhr, Diana Zabel (Koord. FH), Gerd Herpay (JA, SGL 51.3) bis 09:33 Uhr, Ria von Schrötter (JHA), Katja Wöller (OA) und Heike Becker-Heinrich (JA, KSK)
Als Gast:	Gabriele Burkert (JA, SGL 51.4) bis 10:25 Uhr
Entschuldigt:	Janina Kolkmann (LSA), Raissa Erbis (GA), Marion Lindner
Abwesend:	Heike Krautz (R III)
Protokollführung:	Heike Becker-Heinrich

Tagesordnung:

1. Begrüßung durch den Sprecher der Arbeitsgemeinschaft

Herr Matzke begrüßte die Anwesenden und leitet das Arbeitstreffen.

Aus organisatorischen Gründen wurde die Tagesordnung geändert. Neuer eigenständiger Punkt 2 ist die Wahl der Stellvertretung des Sprechers der Steuerungsgruppe Kinderschutz. TOP 4 wird TOP 3 Unbegleitete minderjährige Ausländer. TOP 2 wird TOP 5 Informationen zu noch offenen Punkten aus dem Protokoll vom 02.12.2015. TOP 5 wird zu TOP 6 Sonstiges.

Mit 13 von 14 stimmberechtigten Mitgliedern (Vertretern) ist die Beschlussfähigkeit gegeben.

2. Wahl der Stellvertretung des Sprecher der Steuerungsgruppe Kinderschutz

Heike Becker-Heinrich erklärte ihre Bereitschaft die Stellvertretung fortzusetzen. Kein weiteres Mitglied stellt sich zur Wahl. Herr Matzke fungierte als Wahlleiter. Die Wahl erfolgte offen mit Handzeichen. 11 von 11 anwesenden Mitgliedern (stimmberechtigten Vertreter) stimmten für Frau Becker-Heinrich. Sie nahm die Wahl an und ist somit für zwei weitere Jahre stellvertretende Sprecherin der Steuerungsgruppe Kinderschutz.

3. Unbegleitete minderjährige Ausländer (umA) / unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (umF)

Informationen des Jugendamtsleiters, Swen Ennullat zur Situation aus Jugendamtssicht:

Er wies auf das vorgezogene Gesetz zur Verbesserung der Unterbringung, Versorgung und Betreuung ausländischer Kinder und Jugendlicher hin, das nun seit 01.11.2015 in Kraft getreten ist.

Prognostisch hat der Landkreis TF nach dem Königsteiner Schlüssel voraussichtlich ca. 137 umA/F für 2016 aufzunehmen. Für das Jahr 2015 werden beständig neue Zahlen bekannt. Bisher sind erst 44 Plätze durch unser JA und 6 Plätze von anderen JÄ im Landkreis TF belegt. Die Zahlen ändern sich ständig. Aktuell haben wir 30 reguläre Jugendhilfeplätze und 20 Jugendliche in sogenannten Versorgungseinrichtungen als temporäres Angebot. (seit 14 Tagen eine Einrichtung des ev. Jugendwerkes in Wünsdorf).

Wir stellen uns darauf ein, dass bis Jahresende möglicherweise weitere 100 umA/F in den Landkreis kommen. Eine wesentliche Aufgabe des JA besteht aktuell in der Prüfung möglicher Objekte und Träger

für weitere Angebote. Ein Interessenbekundungsverfahren war bereits erfolgt. Der Personalschlüssel ist mit 20:5 angesetzt, wobei von den 5 „Betreuern“ etwa die Hälfte Fachkräfte sein müssen.

Das stellt alle vor weitere Herausforderungen, denn das in dieser Menge und der gewünschten Qualität benötigte Personal ist nur sehr schwer zu finden.

Zu diesen bereits in Jugendhilfeeinrichtung befindlichen Jugendlichen kommen aktuell etwa 21 Jugendliche, die begleitet eingereist sind und in Übergangwohnheime (ÜWH) aufgenommen wurden.

Diese fallen auch in die Zuständigkeit des JA. Deren Hilfebedarf sowie das Kindeswohl sind zu prüfen.

Herr Ennullat teilte mit, dass „auf dem Papier“ 8 zusätzliche Stellen im gesamten JA dafür zu schaffen sind, allerdings stellt die Personalgewinnung auch hier große Probleme dar. Aktuell ist sogar ein Mitarbeiter der Jugendförderung für die soziale Betreuung der Bewohner eines ÜWH abgestellt.

Die hier ankommenden umF/umA sollten registriert und Erstuntersucht sein, das trifft jedoch in der Realität nicht immer zu. Inzwischen wurden mit den Krankenhäusern in Luckenwalde und Ludwigsfelde Absprachen getroffen, dass die umF/A dort untersucht werden können.

Von den bisher angekündigten umF/A sind jedoch nicht alle angekommen, dafür erfolgt aber dann immer sehr rasch eine Nachbesetzung.

Herr Ennullat erläuterte, dass Flüchtlinge, die seit Anfang Dezember hier sind, erst für April einen Registrierungstermin erhalten haben. Die Behörden sind nicht auf diese Antragsmassen eingestellt und aktuell nicht in der Lage, die Registrierung und Antragstellung zu bearbeiten.

Bezeichnung umF / umA

Es gibt es die verschiedenen Begrifflichkeiten, wie z.B. die hauptsächlich benutzten umF für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge und umA für unbegleitete minderjährige Ausländer. Die Begriffe werden oft synonym benutzt. Herr Herpay wies darauf hin, dass diese minderjährigen Personen alle Ausländer seien, aber noch keinen anerkannten Flüchtlingsstatus haben, weshalb inzwischen zunehmend von umA gesprochen wird.

Die Mitglieder der SG KS benutzen beide Begriffe, es wurde keine Festlegung auf einen Begriff getroffen. Frau von Schrötter teilte lediglich mit, dass sie den Begriff umF bevorzuge.

Ergänzung: Wegen fehlender Festlegung sind im Protokoll beide Begriffe aufgeführt.

Situation aus Sicht der freien Träger der Jugendhilfe und des SpD

Frau von Schrötter, als Verantwortliche einer Versorgungseinrichtung, gab positive Rückmeldung zum Start der Aufnahme der umF/A. Sie hat als Trägerverantwortliche bisher das Glück, dass ihre Personalausstattung gut ist und dass die Räumlichkeiten für die Aufgaben gut geeignet sind. Die Jugendlichen sind gerne in Mehrbettzimmern, nutzen aber ebenso gerne kleine Nischen, wie auch Gemeinschaftsräume in ihrem Alltag.

Als ein großes Interesse der Jugendlichen beschreibt sie den Wunsch nach Sprachunterricht und Tagesstruktur mit diversen Angeboten. Sie spricht dem JA ihre Hochachtung aus und beschreibt eine bisher reibungslose Kommunikation, auch wenn vieles noch erarbeitet und abgestimmt werden muss.

Die bisher bei ihr angekommenen Jugendlichen seien meist hochbelastete Jungs, bei denen das Thema Gesundheit wichtig sei. Daher begrüßt sie die sensible und tw. in Muttersprache durchgeführte Erstuntersuchung im Krankenhaus Ludwigsfelde.

Die Erstgespräche mit dem „Government“ sind für die Jugendlichen aufgrund ihrer bisherigen Erfahrungen mit Behörden oft sehr angstbesetzt.

Herrn Herpay ist die Skepsis der Jugendlichen gegenüber dem JA bekannt. Er teilt mit, dass viele Jugendliche traumatisiert sind, auch wenn das nicht immer offensichtlich und leicht zu erkennen sei. Vertrauen und Zusammenarbeit müssen erst aufgebaut werden.

Heute erwartet das JA TF, hier der SpD einen neuen Transfer. Die Zahlen ändern sich beständig, so dass es schwierig ist, einen guten Gesamtüberblick zu behalten.

Herr Herpay informiert, dass die verschiedenen Sachgebiete gemeinsam mit dieser Aufgabe befasst sind, die Zusammenarbeit sich diesbezüglich entwickeln muss. Das JA sei bemüht, Klärungen innerhalb von 24 Stunden herbei zu führen. Verteilungen, Aufnahmen werden kurzfristig mit den Trägern abgesprochen, da das JA selbst meist kurzfristige Infos erhält.

Schulpflicht - Schulpflichtverletzung

Frau Woeller (Ordnungsamt) teilt mit, dass in ihrer Behörde inzwischen die erste Schulpflichtverletzungsanzeige einer Gemeinde für zwei begleitete Flüchtlingskinder angekommen ist. Sie hat festgestellt, dass Schulen und Schulträger nicht immer über die Regelungen zur Schulpflicht informiert sind.

Auch innerhalb der Mitglieder der SG KS gibt es unterschiedliche Informationen zur dreimonatigen Schulbefreiung nach Ankunft in Deutschland.

Darüber hinaus gibt es Schulen, die die Aufnahme von den Kindern/Jugendlichen aus unterschiedlichen Gründen verweigern.

Abprache: Klärung zum Verfahren beim LSA erfragen und Absprache, ob alle Schulen informiert sind.

Beteiligung des LSA an der SG KS wird als dringlich notwendig eingeschätzt und Sicherung der Teilnahme erwünscht.

V.: H. Becker-Heinrich

Schulsituation allgemein

Frau Zabel weist auf die ihr bekannte allgemeine schwierige Personalsituation an Schulen am Beispiel Grundschule Stülpe hin.

Materiallisten und Broschürenübersicht

Frau Zabel hat bereits begonnen eine Liste zu erstellen, die mehrsprachiges Material erhält, wird diese weiterpflegen und den Mitgliedern der SG KS zur Verfügung stellen. (Anlage zum Protokoll)

Aus der Mitgliederrunde wird der Wunsch auch nach einer Übersicht zu Broschüren, Literatur zum Thema geäußert.

Frau Becker-Heinrich bittet alle Mitglieder um Zuarbeit, so dass eine Liste erstellt werden kann.

V. für Infos: alle Mitglieder

V. zur Zusammenstellung: D. Zabel / H. Becker-Heinrich

Weiteres zu umF/A

Netzwerke Ehrenamtlicher können auch hilfreich für die Arbeit mit umF/A sein. Fr. von Schrötter berichtet von einem regelmäßigen Percussion-Angebot (Trommelworkshop), das die von ihr betreuten Jugendlichen gerne annehmen. Die Produktionsschule stellt darüber hinaus nachmittags ihr Räume als Begegnungsräume zur Verfügung.

Frau Dickhoff wies auf die Möglichkeit der Nutzung der Familienzentren hin.

Die Möglichkeit von ehrenamtlichen Paten für umF/A wurde kurz angesprochen, ohne konkreten Absprachen.

Vormundschaft

Frau Burkert als zuständige Sachgebietsleiterin stellte die aktuelle Situation vor.

Bisher ist erst eine Amtsvormundschaft per Gericht bestellt. Weitere Anträge sind noch offen, Kontakte zu den Gerichten bestehen.

Die Amtsvormünder haben vorbereitend diverse Schulungen absolviert und nehmen auch vor der Vormundschaftsbestellung schon an Erstgesprächen teil.

Zunächst sind Herr Uwe Hüttner und Frau Kathrin Tischbier für diesen Personenkreis zuständig.

Frau Burkert teilte mit, dass die Vormünder mit derzeitigen Kapazitäten die ersten Fälle übernehmen, aber mit stark ansteigenden Zahlen zu rechnen ist. Deshalb gab es bereits eine Stellenausschreibung. Eine weitere für die Besetzung von 3 zusätzlichen Stellen im Bereich der Amtsvormundschaft wird folgen.

Fr. Burkert weist darauf hin, dass es in langen Zeiträumen zwischen Inobhutnahme und Bestellung der Amtsvormundschaft zu einer rechtlichen Benachteiligung für die umF/A kommen kann, da kein gesetzlicher Vertreter Antragstellungen vornehmen kann und schon Entscheidungen über die Führung des Asyl- bzw. Aufenthaltsverfahrens anstehen.

Auch für den Vormundschaftsbereich ist ein Engagement Ehrenamtlicher vorhanden, das aber im Einzelfall vom JA geprüft werden muss.

Das SG 51.4 hat ein Verfahren zur Einzelvormundschaft entwickelt, das für die Prüfung der Eignung eines Bewerbers zum ehrenamtlichen Vormund dient. (Flyer als Anlage)

Im Bereich der Vormundschaft steht vorrangig der Beziehungsaufbau zum Mündel an und dies auch bei den Problematiken der Sprachbarrieren und Ängsten der betroffenen Kinder und Jugendlichen. Frau Burkert verweist darauf, dass auch die Themen Schulpflicht und Schulpflichtverletzungen den Vormund in den Einzelfällen beschäftigen werden.

Die Amtsvormünder haben ein großes Interesse an einer guten Zusammenarbeit mit den Trägern und Ehrenamtlichen, da sie einen engeren Kontakt zu den Kindern/Jugendlichen aufbauen und von ihnen wichtige Signale wahrgenommen werden können.

Frau Burkert teilte mit, dass die Familiengerichte eigenständige Entscheidungen über die Bestellung eines vorgeschlagenen Einzelvormundes treffen. Dem Vorschlag des Jugendamtes muss deshalb nicht gefolgt werden. So sind z.B. auch Verwandtschafts-Vormundschaften dem JA nicht immer bekannt. Dennoch ist es Aufgabe des Jugendamtes, alle Vormünder zu beraten und zu begleiten, was i.d.R. bei den abgegebenen Vormundschaftsfällen gut läuft. Darüber hinaus vermittelt das Jugendamt auch Schulungen. Über die Beantragung eines Ergänzungspflegers für die Vertretung des Mündels im Asyl- und Aufenthaltsverfahren wurde informiert und diskutiert. Hierzu gibt es unterschiedliche Rechtsauffassungen der Gerichte. Es bleibt abzuwarten, wie die Familiengerichte im Landkreis Teltow-Fläming mit der Frage zusätzlicher Ergänzungspflegschaften durch asylrechtlich versierte Anwälte oder andere fachkundige Personen umgehen.

Frau Burkert informierte darüber, dass der Landkreis einen Beratervertrag für Rechtsauskünfte mit einer Fachanwältin für Asylrecht vorbereitet hat, um den Amtsvormündern in notwendigen Fällen Handlungssicherheit zu gewährleisten.

Gesundheit

Da das Gesundheitsamt nicht an der Sitzung teilnehmen konnte, hat Frau Dr. Schubert, vorab Fr. Becker-Heinrich einige Informationen zur Thematik gegeben.

In der Regel finden die Erstuntersuchungen in Eisenhüttenstadt als Aufgabe des Landes Brandenburg statt. Das Gesundheitsamt TF (GA) ist dafür nicht zuständig. Allerdings können notwendige Impfungen im GA durchgeführt werden. Weiterhin erfolgen sogenannte Quereinsteigeruntersuchungen / Zuzugsuntersuchungen durch den Kinder- und Jugendgesundheitsdienst (KJGD). Zu diesen Untersuchungen gehören ein Seh- und Hörtest, wie auch körperliche Untersuchungen. Ein möglicher sonderpädagogischer Förderbedarf wird ebenfalls abgeprüft.

Frau Dr. Schubert sagte, dass aufsuchende Behandlungen des KJGD nicht leistbar sind. Es besteht die Möglichkeit die Untersuchung in den Räumen des GA durchzuführen. Die Zuzugsuntersuchung findet nach § 37 Brandenburgisches Schulgesetz statt. Die Schulen müssten dem GA mitteilen, welche Schüler/Schülerinnen untersucht werden müssen.

Die Möglichkeit der Begleitung durch einen Sprachmittler, oder die Organisation und Finanzierung von Dolmetschern, erfolgt in Absprache mit den Schulen. Das GA hat keine Mittel für den Einsatz eines Dolmetschers in ihrem Budget.

Frau Dr. Schubert bittet um Info, wenn und wo eine neue Einrichtung eröffnet wird, um die Zuzugsuntersuchungen absprechen zu können.

(Anmerkung: Weiterleitung der Bitte an SGL 51.2, TV und SGL 51.3 durch Frau Becker-Heinrich per Email am 07.12.2015 erfolgt.)

Allgemein zum Thema Untersuchungen teilte Frau Dr. Schubert mit, dass die Zahlen der Schulanfänger/Schulanfängerinnen in TF in den vergangenen Jahren angestiegen sind, so gab es vom vorletzten auf das letzte Schuljahr eine Steigerung um ca.11%. Das alles wird mit unverändertem Personalschlüssel geleistet.

Innerhalb der Steuerungsgruppe wurde die geteilte Aufgabenleistung von Erstuntersuchung und Impfung kritisch betrachtet, da dies eine Belastung der umF/A darstellt.

Im kürzlich stattgefundenen Beratungstreffen einiger Akteure der Frühen Hilfen zum Thema junge Flüchtlingsfamilien hatte Frau Dr. Hochfeldt mitgeteilt, dass auch die Ausstattung des GA zu Untersuchungen von Säuglingen und Kleinkindern im KJGD unzureichend sei.

Die Mitglieder der SG KS möchten gerne zum kommenden Sitzungstermin den Amtsleiter des GA hinzubitten.

V.: für Einladung: H. Becker-Heinrich

4. Information zu noch offenen Punkten aus dem Protokoll vom 02.10.2015

TOP 3- Verkehrserziehung

Frau Sponholz teilte mit, dass inzwischen Flyer zum Thema Straßenverkehr mit Piktogrammen erstellt wurden, die Verteilung aber noch ausstehe.

Das Seminar zur Verkehrserziehung im Sommer in der Forststraße wurde nochmals thematisiert, da es unterschiedliche Haltungen zur Durchführung des Seminars in Uniform gab. Aus Sicht der Polizei gehört das Tragen der Uniform zur Aufgabenerfüllung. Frau von Schrötter wies auf die teils traumatischen Erfahrungen der Flüchtlinge mit Uniformträgern im Herkunftsland und auf der Flucht hin.

Allgemeiner Konsens bestand darin, dass die Flüchtlinge vertrauensbildende Maßnahmen erhalten sollten, um Uniformträger nicht bedrohlich sondern als Helfer wahrnehmen zu können.

Mitarbeiter in ÜWH und Jugendhilfeeinrichtungen sollten zur Thematik sensibilisiert werden.

Es gibt keine Festlegung zur Verantwortlichkeit.

TOP 3 Frühe Hilfen

Diana Zabel stellte sich als neue Koordinatorin der Frühen Hilfen vor und ist somit neues Mitglied der Steuerungsgruppe Kinderschutz. Da die Mitgliedschaft der SG KS an die Funktion gekoppelt ist, ist Frau Braune aus der SG KS ausgeschieden.

Frau Zabel informierte die anwesenden Mitglieder darüber, dass sie bereits von Februar 2013 bis Mai 2013 vertretungsweise die Frühen Hilfen koordiniert hatte und nun seit 01.11.2015 als Koordinatorin der Frühen Hilfen tätig ist. Daneben ist sie weiterhin für die Familienförderung als Sachbearbeiterin verantwortlich.

Sie teilte mit, dass sie die Akteure der Frühen Hilfen anschreiben wird, um die Information der neuen Zuständigkeit bekannt zu geben und den Arbeitskreis Frühe Hilfen wieder aufzunehmen.

Sie sieht die Angebote im Bereich der 0-3 Jährigen als gut aufgestellt, möchte einen neuen Start zum Thema Familienhebamme leisten und wird sich dem Konzept Frühe Hilfen widmen.

Frau Zabel teilte mit, dass die Bundesinitiative Frühe Hilfen um 2 Jahre verlängert wurde und somit erst 2017 endet.

Durch das am 01.01.2016 in Kraft tretende Präventionsgesetz (PrävG vom 17.Juli 2015)), ergeben sich Änderungen im SGB VIII. Die Umsetzung der Änderungen möchte sie gerne gemeinsam mit den Akteuren des Gesundheitswesens beraten und durchführen. Frau Zabel wies auf die bereits bestehenden guten Kontakte zur Koordinatorin Gesundheitsförderung, Sabine Decker, hin.

5. Organisatorisches

Themensammlung für 2016

Als wiederkehrende TOP sind die Themen Schulpflicht, unbegleitete minderjährige Flüchtlinge/Ausländer, Situation aller Kinder gewünscht.

Schwerpunktthema für die erste Sitzung 2016 ist das Thema Frühförderung. Hierzu soll als Gast die Kitapraxisberatung eingeladen werden.

V. für die Einladung: H. Becker-Heinrich

V. für inhaltlichen Input: Fr. Dickhoff und Fr. Buchmann

Weitere Schwerpunktthemen sollen wegen möglicher Aktualität immer für die Folgesitzung benannt werden.

Termine der SG KS

Für 2016 werden vier Termine jeweils freitags in der Zeit von 09:00-11:00 Uhr festgelegt.

26.02.; 27.05.; 30.09. und 09.12.2016

Achtung neuer Raum: A3-1-02, Raum Jüterbog (Beratungsraum vor dem Landrätinnenbereich)

Informationen zur Fortbildungsplanung

Frau Becker-Heinrich hat die Wünsche aus den Regionalkonferenzen und der Steuerungsgruppe aufgenommen und daraus ein Fortbildungsangebot erstellt. Einige Themen sind noch nicht verbindlich festgelegt, dafür wird zunächst eine Interessenliste angelegt.

Aus Erfahrungen des Jahres 2015, wird ab 2016 bei unentschuldigtem Fehlbleiben eine Teilnehmersausfallgebühr erhoben werden.

Die Übersicht der Angebote ist als Anlage dem Protokoll angefügt.

6. Sonstiges

Internetseite des Landkreises TF

Information, dass sich auf der Seite Migration die PDF's nicht öffnen lassen.

V.: H. Becker-Heinrich gibt Information an Pressestelle der Kreisverwaltung

Nachtrag: am 07.12.2015 Information zur fehlerhaften Einstellung per Email an die Pressestelle gegeben.

Neuer Fortbildungsbedarf?

Herr Matzke sieht einen Fortbildungsbedarf der Fachkräfte zur rechtlichen Situation bezüglich der umF/A.

Anlagen zum Protokoll:

- Übersicht Fortbildungsangebote Netzwerk Kinderschutz TF 2016
- Liste mehrsprachige Materialien
- Flyer Vormundschaft

Bitte beachten: die nächste Sitzung der SG KS findet am Freitag, d. 26.02.2015 von 09:00-11:00 Uhr in Raum A3-1-02 (Raum Jüterbog) statt.